



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Mobilität -

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 7. Mai 2026

Vorlagen-Nr. 26-F-10-0007

Testweise Abschaltung der sogenannten „Pfortnerampel“ - Antrag der Fraktion AfD vom 29.04.2026 -

Die derzeitige Verkehrssteuerung auf der Berliner Straße führt seit Jahren zu erheblichen Belastungen für den Verkehr in Wiesbaden. Insbesondere der Zufluss über die B54 sowie die Verbindungen in Richtung Moltkering und die östlichen Stadtteile werden durch die sogenannte „Pfortnerampel“ künstlich eingeschränkt.

Die Maßnahme steht exemplarisch für eine Verkehrspolitik, die den Individualverkehr bewusst ausbremst, ohne tragfähige Alternativen zu schaffen. Die Folge sind Staus, Zeitverluste und zusätzliche Belastungen auch auf anderen Hauptverkehrsachsen.

Trotz veränderter Rahmenbedingungen - insbesondere nach der Teilfreigabe der Salzachtalbrücke - wurde an dieser Maßnahme festgehalten, ohne deren tatsächliche Auswirkungen neu zu bewerten.

Vor diesem Hintergrund ist eine realitätsnahe Überprüfung zwingend erforderlich.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,
der Magistrat wird aufgefordert,

1. Die sogenannte „Pfortnerampel“ an der Berliner Straße für einen Zeitraum von 8 Wochen testweise außer Betrieb zu nehmen.
2. Während des Testzeitraums eine umfassende, transparente und nachvollziehbare Datenerhebung durchzuführen. Dabei sind insbesondere Verkehrsaufkommen, Rückstaulängen, Fahrzeiten sowie mögliche Verlagerungseffekte auf andere Hauptverkehrsachsen systematisch zu erfassen und auszuwerten.
3. Den Testzeitraum so zu wählen, dass sowohl Ferienzeiten als auch reguläre Schul- und Arbeitswochen, jeweils vier Wochen, berücksichtigt werden und gleichzeitig keine zusätzlichen verkehrsrelevanten Großbaustellen auf den Hauptverkehrsachsen die Ergebnisse verzerren.
4. Die Ergebnisse dem Ausschuss für Mobilität zeitnah vorzulegen und damit eine Grundlage für eine Entscheidung über den zukünftigen Betrieb der Anlage zu schaffen.

Beschluss Nr. 0047

Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 28.05.2026

Marc Dahlen
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, . . .2026

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, . . .2026

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister